BANKEN

Der Ablasshandel

In aller Welt werden Finanzmanager wegen fragwürdiger Geschäfte verfolgt. Doch selbst Rekordstrafen taugen wenig zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Gestaltung strengerer Regeln. Die Macht der Geldindustrie wächst weiter.



JPMorgan-Chef Dimon

Einen „Besuch im Zeichen der Entdeckung und des Zaubers“ verspricht das I-Portici-Hotel im historischen Zentrum Bolognas seinen Gästen. Eine „neue Erfahrung für alle fünf Sinne“. Für Raoul Weil, einst einer der einflussreichsten Manager der Schweizer Großbank UBS, verlief der Aufenthalt in dem Jugendstilpalast indes weniger angenehm.

Um 1.45 Uhr am Morgen des 19. Oktober nahm die italienische Polizei den 53-Jährigen fest und brachte ihn ins deutlich weniger luxuriöse Dozza-Gefängnis. Der Grund für die Aktion: ein internationaler Haftbefehl.

Die US-Behörden werfen Weil vor, als Chef der Vermögensverwaltung der UBS habe er amerikanischen Kunden geholfen, ihr Geld auf Schweizer Konten vor dem Fiskus zu verstecken.

Die Verhaftung Weils war nur eine von vielen spektakulären Schlagzeilen, die Bankern weltweit vergangene Woche einmal mehr vor Augen führte: Die Zeiten, in denen sie als Elite der Wirtschaft bewundert wurden, sind definitiv vorbei. Es scheint sogar, als ob Staatsanwälte, Finanzaufseher und Politiker in aller Welt sämtliche Auswüchse der Branche auf einmal aburteilen wollten.

Britische Behörden versahen zuletzt den Finanzsektor mit so hohen Strafen wie nie zuvor. In den USA wurde die Bank of America mitsamt einer ehemalige Managerin des Betrugs für schuldig befunden – wegen fragwürdiger Hypothekengeschäfte. Kurz zuvor hatte Jamie Dimon, Chef des Großbank JPMorgan, knurrend einem Vergleich über die Rekordsumme von 13 Milliarden Dollar zugestimmt, um wenigstens die zivilrechtlichen Ermittlungen gegen sein Haus wegen zweifelhafter Geschäfte auf dem US-Häusermarkt zu stoppen. Er verstehe, dass Verbrechen geahndet werden müssten, maulte der schillernde Bankchef kürzlich, „aber nicht so: ‚Lasst uns ein paar Banker finden und bestrafen‘“.

Tatsächlich sind spektakuläre Coups wie die Verhaftung Weils nicht viel mehr als Symbolpolitik. Die Strafen und Vergleichszahlungen, die viele Geldinstitute leisten, gleichen einem Ablasshandel: Die Sünden aus der Vergangenheit sind damit abgegolten – doch für Besserung ist nicht gesorgt.

Wirksame Grenzen setzen Aufseher und Politiker der Branche nicht. Denn mag ihr Ruf auch immer schlechter werden, die Macht der Banker ist ungebrochen, wie ein Blick in die Finanzzentren und die Regierungsviertel der Welt zeigt.

Brennpunkt Frankfurt: In der Finanzmetropole am Main versucht die Deutsche Bank, den juristischen Ballast der Vergangenheit nach und nach abzuwerfen. Nächste Runde an diesem Dienstag: Dann wird Co-Chef Anshu Jain bei der Vorlage der Quartalszahlen wohl noch einmal etwa eine halbe Milliarde Euro für drohende Straf- und Schadenersatzzahlungen zurücklegen, schätzen Analysten. Ein dreistelliger Millionengewinn bleibt voraussichtlich trotzdem übrig.

Dabei bezifferte die Bank die Rechtsrisiken zuletzt mit 4,2 Milliarden Euro. Das Sündenregister reicht vom Streit mit den Erben des Münchner Medien-Zampanos Leo Kirch bis zum Vorwurf des Betrugs mit amerikanischen Hypotheken im Vorfeld der Finanzkrise.

Etwa eine halbe Milliarde hat Jains Mannschaft allein für mögliche Strafen im Zusammenhang mit der Affäre um den



ANDREW HARRER / BLOOMBERG VIA GETTY IMAGES

manipulierten Libor-Zins – der für etliche Finanzmarktgeschäfte ausschlaggebend ist – beiseitegelegt. Und das könnte immer noch zu wenig sein. Die britischen Banken Barclays und RBS, die Schweizer UBS sowie die niederländische Rabobank schlossen mit den Behörden Vergleiche über insgesamt 3,5 Milliarden Dollar, um die Libor-Ermittlungen zu beenden.

Während sich die Kollegen im Ausland mit solchen Megasummen schmücken, kommen deutsche Ermittler in Sachen Libor allerdings seltsam schleppend voran. Die hiesige Finanzaufsicht BaFin hat den Abschlussbericht zu einer Sonderprüfung in dieser Sache bis heute nicht vorgelegt, nur ein Zwischenergebnis ging an die Deutsche Bank. Das Institut selbst befragt, auch auf Druck der BaFin, jetzt noch einmal intern 50 Mitarbeiter.

Den naheliegenden Weg aber geht die BaFin nicht: Vier Händler, die vor dem Arbeitsgericht Frankfurt erfolgreich gegen ihre Kündigung klagten, wurden bislang gar nicht kontaktiert. Dabei hatten sie vor Gericht unter anderem den Jain-Vertrauten Alan Cloete belastet. Er war damals für Zinsgeschäft und Devisenhandel zuständig. Die Händler hatten Cloete mit der Aussage zitiert, er wolle das Thema Libor schnell abschließen, weil Jain bald Chef der Bank werde. Die Bank bestreitet diese Darstellung.

Mittlerweile wittern die Aufsichtsbehörden auch auf dem billionenschweren Devisenmarkt Manipulation. Die Schweizer Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf erklärte jüngst, es sei eine „Tatsache, dass Devisenmanipulationen begangen wurden“. Später ruderte sie zurück, die Ermittlungen laufen noch.

Zwar steht bislang vor allem die Schweizer UBS im Fokus. Doch auch die Deutsche Bank bekommt von der BaFin nun unbequeme Fragen gestellt. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir als größter Devisenhändler der Welt nicht zumindest von Manipulationen gewusst haben, wenn es sie gab“, sagt ein Investmentbanker des Frankfurter Geldhauses.

Auch wenn die Folgen all dieser zweifelhaften Geschäfte die Banken heute viel Geld kosten, können sie die Strafen bislang gut verkraften. Die Deutsche Bank etwa hat seit 2009 rund 13,6 Milliarden Euro Jahresüberschuss erzielt.

Dass die Strafen zwar weh tun, aber nie an die Substanz gehen, ist kein Zufall. „Eine strafrechtliche Verfolgung der größten Institute bis hin zum Entzug der Banklizenz ist unmöglich, weil die betroffenen Banken wirtschaftlich zu wichtig sind, als dass man ihre Existenz in Frage stellen könnte“, sagt Harald Hau, Professor für Volkswirtschaft und Finanzen an der Universität Genf.

Brennpunkt Washington: Auch bei den sechs größten amerikanischen Banken steht unterm Strich noch ein dickes Plus. Seit Ausbruch der Finanzkrise mussten sie für Rechtsstreitigkeiten 103 Milliarden Dollar zahlen – verdient haben JPMorgan und Co. im gleichen Zeitraum aber 234 Milliarden Dollar. JPMorgan hat allein schon über 80 Milliarden Dollar gemacht, seit Konkurrent Lehman Brothers im Herbst 2008 pleitegegangen ist.

Entsprechend kraftstrotzend fiel dann auch der Auftritt aus, den Jamie Dimon kürzlich beim großen Stelldichein seines Weltbranchenverbands in Washington hinlegte. Breitbeinig saß der silberhaarige Banker bei einer Podiumsdiskussion und lächelte sein immer etwas spöttisch wirkendes Lächeln.

Schaden die Skandale seiner Bank? „Unsere Kunden sind ziemlich zufrieden“, sagte Dimon trocken. Ist die Finanzwelt nicht viel zu kompliziert? „Flugzeuge sind kompliziert, Computer sind kompliziert“, legte Dimon da los. Trotzdem hätten sie viel Gutes gebracht. Auch wenn mal ein Flugzeug abstürze. „Dass die Menschen Banken hassen, das kann ich nicht stoppen“, fügte er noch hinzu. Es klang nach Schulterzucken.

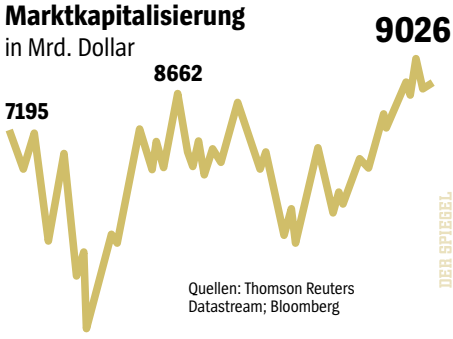
Dabei hat Dimon in jüngster Zeit mit derart vielen Verfahren zu tun, dass man

Too big to fail

Die sechs großen US-Banken

WELLS FARGO
Morgan Stanley
Goldman Sachs
citi
Bank of America
JPMorgan Chase & Co.

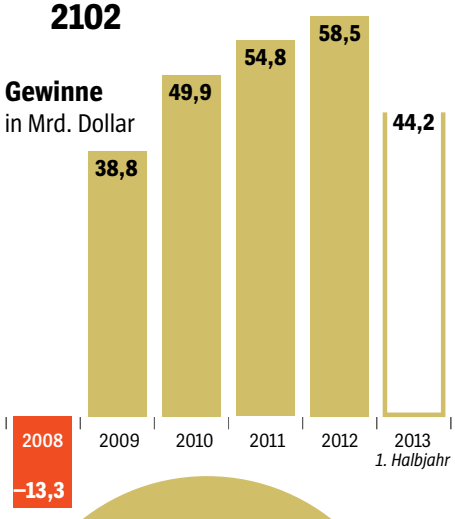
Marktkapitalisierung
in Mrd. Dollar



Quellen: Thomson Reuters Datastream; Bloomberg

DER SPIEGEL

Gewinne
in Mrd. Dollar



Gewinne
von 2008 bis
1. Halbjahr 2013:
234
Mrd. $

Geleistete und drohende Zahlungen:
103 Mrd. $

zum Vergleich die Deutsche Bank:

Gewinn
von 2008 bis
1. Halbjahr 2013:
9,8 Mrd. €
(13,0 Mrd. $)

Bestehende Rechtsrisiken:
4,2 Mrd. €
(5,5 Mrd. $)

sie am besten auf einer Weltkarte markiert, um nicht durcheinanderzukommen: In London hat ein Händler, genannt „Der Wal“, 2012 sechs Milliarden Dollar verzockt. In China sollen die Manager den Sprössling eines hohen Funktionärs eingestellt haben, um an lukrative Aufträge zu kommen. In den USA wiederum werden der Bank hässliche Methoden im Umgang mit säumigen Kreditkartenschuldnern nachgesagt. Für den Milliardenbetrüger Bernie Madoff habe JPMorgan zudem bereitwillig die Hausbank gegeben, in Kalifornien und Michigan gar die Strompreise manipuliert, heißt es.

Die meisten Vorwürfe hat Dimon mit für ihn überschaubaren Summen aus der Welt geschafft – ohne dabei ein Fehlverhalten einzugestehen. Nur beim jüngsten Vergleich, bei dem es mitunter um den Handel mit zweifelhaften Hypothekenpapieren geht, will das Justizministerium ein Exempel statuieren – und besteht auf der gigantischen Summe von 13 Milliarden Dollar.

Fair ist das tatsächlich nicht, denn die umstrittenen Geschäfte gehen größtenteils auf die Konten von Bear Stearns und Washington Mutual – zwei Banken, die Dimon in der Finanzkrise gerettet hatte, auf Drängen der Regierung.

Doch eigentlich kann Dimon den horrenden Vergleich gut wegstecken. „Einen Teil, vielleicht sogar einen Großteil, wird die Bank von der Steuer absetzen können“, sagt Dennis Kelleher von der Organisation Better Markets, die für mehr Transparenz im Finanzsektor kämpft. Auch Analysten prophezeien der Bank weiter blühende Geschäfte: „JPMorgan bleibt ein solides Unternehmen“, sagt etwa der durchaus bankenkritische Experte Mike Mayo.

Dimon herrscht schließlich immer noch über einen weltumspannenden Giganten mit einem Anlagevermögen von 2,5 Billionen Dollar. Selbst in der Krise hat er Rekordgewinne erzielt. Und noch im vergangenen Jahr, als der Londoner „Wal“ die Bilanz trübte, betrug sein Salär plus Bonus 11,5 Millionen Dollar.

Dabei hatte es nach dem Finanzbeben 2008 zunächst so ausgesehen, als wolle die in der G-20-Gruppe versammelte Weltgemeinschaft die Macht der Branche begrenzen. Keine Bank solle mehr zu groß sein, um unterzugehen, hieß es: „no more too big to fail“. Und neue globale Regeln sollten her, für alle Finanzinstitute, Akteure und Produkte.

Doch der Zusammenhalt ist längst zerbrochen. Jedes Land und jede Region bastelt jetzt an eigenen Gesetzen herum. So produzieren die Regulatoren Berge von widersinnigen Regeln, wie die global denkende Finanzelite moniert. Manche sprechen von einem Regulierungs-Tsunami.

Dabei schafft das Chaos auch neue Spielräume: Mehr als 2000 Lobbyisten sind in Washington im Namen der Finanzindustrie unterwegs. Das macht pro Senator und Kongressabgeordnetem 4.

Mehr als 70 Prozent dieser Einflüsterer waren früher selbst in der Politik oder bei der Finanzaufsicht tätig. Sie wissen also, wie es geht. Man muss einfach selbst

Jedes Land und jede Region bastelt an eigenen Gesetzen. Banker sprechen von einem Regulierungs-Tsunami.



Deutsche-Bank-Chef Jain

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Massen an Eingaben, Kommentaren und Stellungnahmen produzieren. Es sei ein „Lobby-Krieg“, ausgefochten mit Papier, fasst Finanzmarktexperte Kelleher die Lage zusammen.

Die Parlamentarier allerdings sind schwache Gegner. Viele haben es nur dank der Wahlkampfhilfe aus der Finanzindustrie überhaupt bis nach Washington geschafft, denn fast niemand zahlt so viel wie die Bank- und Immobilienbranche.

Das große Gesetzeswerk mit Namen Dodd-Frank, mit dem die USA die Industrie eigentlich strengen Regeln unterwerfen wollte, wird so zurzeit Paragraf für Paragraf erfolgreich verwässert.

Brennpunkt Brüssel: Auch in Europa leisten die Banken-Lobbyisten ganze Arbeit, um den Griff der Regulierer zu lockern. Das Trennbankengesetz, das die Bundesregierung vergangenen Winter beschloss, um das Einlagengeschäft von den Risiken des Investmentbankings abzuschirmen, gilt als harmlos. Nimmt EU-Kommissar Michel Barnier die Berliner Vorlage auf, müssen europäische Großbanken um ihr Geschäftsmodell nicht fürchten, das vom Kleinkredit über den Zahlungsverkehr bis zur Devisenspekulation alles umfasst.

Europas Regierungen verwenden bislang die meiste Energie darauf, ihre Zombie-Banken mit Hilfe der Europäischen Zentralbank (EZB) am Leben zu erhalten. Zwar soll der große Bilanztest, den die EZB als künftiger Aufseher vergangene Woche vorgestellt hat, endlich mit den Altlasten der Banken aufräumen. Aber wie marode Institute künftig ohne Gefahr für das System geschlossen werden können und wer die Kosten trägt, das bleibt vage.

„Von einer wirklichen Abwickelbarkeit von Großbanken sind wir weit entfernt“, kritisiert Finanzwissenschaftler Hau. Die Politik will die Geldgeber der Banken nicht vergraulen. Es gibt Beißhemmungen zwischen Politik und Finanzkonzernen.

Das zeigt sich auch am Brennpunkt Bologna: Für die Zukunft von Raoul Weil, dem Schweizer Banker in italienischem Gewahrsam, spielt die Nähe zwischen Politik und Banken eine besondere Rolle. Er herrschte bei der UBS über Vermögen von damals 1,4 Billionen Dollar, anvertraut von Reichen, Prominenten – und Politikern. Weils Telefonbuch sei eine Bombe, heißt es, als Chef der heute weltweit größten Vermögensverwaltung sei er für die „politisch exponierten Personen“ zuständig gewesen.

Das mag ein Grund sein, weshalb Weil sich sicher fühlte, als er nach Italien reiste. Böse Zungen spotten, er wäre nicht verhaftet worden, hätte die italienische Regierung frühzeitig von dem Plan der Polizei erfahren. Seit der französische Ex-Minister Jérôme Cahuzac zurücktreten musste, weil er unversteuertes Geld auf geheimen UBS-Konten versteckte, geht die Angst um, noch mehr Politiker könnten als Steuerhinterzieher auffliegen.

Daher ist noch keinesfalls sicher, wie es ausgeht, wenn die italienische Justiz den Banker an die USA ausliefert. Der UBS-Mann hat auch jenseits des Atlantiks gute Verbindungen. Der Ex-Chef der UBS Americas, Robert Wolf, mit dem Weil lange eng zusammenarbeitete, spielt regelmäßig Golf – auch mit US-Präsident Barack Obama. Martin Hesse, Anne Seith